

## **AUSSENDUNG uniko 14.11.2012**

### **Regierungsprojekt Pädagogenbildung neu: uniko warnt vor Qualitätsverlust**

Der Gesetzentwurf für eine „Pädagoginnen- und Pädagogenbildung neu“, wie im Regierungsprojekt formuliert, stößt bei der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) auf schwerwiegende Bedenken: Die Rektorinnen und Rektoren erkennen in dem von der Regierung präsentierten Projekt einen Eingriff in die Autonomie der Universitäten und einen drohenden Qualitätsverlust in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, was die uniko mit aller Entschiedenheit ablehnt.

Demnach soll die alleinige Verantwortung für die Ausbildung der Sekundarstufe (allgemeinbildende höhere Schulen) den Universitäten entzogen und künftig nur mehr gemeinsam mit den Pädagogischen Hochschulen (PH) wahrgenommen werden. Nach Ansicht der uniko können Kooperationen aber nur unter der Federführung der Universitäten stattfinden, da diese der Garant für eine Lehrerinnen- und Lehrerbildung sind, die auf wissenschaftlich und künstlerisch höchstem Niveau und angebunden an die internationale Forschung erfolgt.

Die Einführung des geplanten Zertifizierungsrates wird abgelehnt. Damit würde eine überflüssige Parallelstruktur zu dem erst heuer eingeführten System der Qualitätssicherung geschaffen, das im Hochschul-Qualitätssicherungsrahmengesetz festgeschrieben wurde. Stattdessen wäre es effizienter und inhaltlich sinnvoller, die Pädagogischen Hochschulen mit dem Qualitätssicherungsrahmengesetz zu erfassen, als eine neue, ministeriell zusammengesetzte Struktur ins Leben zu rufen. Die geplante Zertifizierung von Lehramtsstudien wäre darüber hinaus „eine Einführung der Studiengangsakkreditierungen durch die Hintertür“ – ein Modell, das europaweit schon ausgedient hat.

Die uniko weist zudem auf den mit dem Zertifizierungsrat einhergehenden Paradigmenwechsel hin, wonach künftige Dienstgeber (in diesem Fall das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur) über die universitären Lehrinhalte und die Qualifikation des Personals bestimmen können. Damit wäre die Möglichkeit eröffnet, dass in weiterer Folge auch Kammern und Interessensverbände die Freiheit von Forschung, Wissenschaft und Lehre massiv einschränken.

Die im Regierungsprojekt verankerte Einrichtung der neuen Bachelor-/Masterstruktur – mit Ausnahme einiger künstlerischer Studien – ist auch eine Forderung der uniko, die sie weiterhin unterstützt. Dafür müssen möglichst rasch gesetzliche Rahmenbedingungen unter Einbindung der Universitäten festgelegt werden.

Rückfragehinweis:

Manfred Kadi

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Österreichische Universitätenkonferenz

Floragasse 7 / 7

1040 Wien

Tel.: +43 (0)1 310 56 56 - 24

Fax: +43 (0)1 310 56 56 - 22

Email: [manfred.kadi@uniko.ac.at](mailto:manfred.kadi@uniko.ac.at)